

GRÖNLAND

Pure Dummheit

Erstmals seit Bestehen der EG will ein Teil eines Mitgliedslandes aus der Gemeinschaft austreten.

Der Ministerpräsident versprach viel: „Jede grönländische Familie wird reicher, die grönländische Gemeinschaft insgesamt aber nicht ärmer, sofern wir nur die Mehrheit bekommen.“

Seine Mehrheit bekam der sozialistische Premier Jonathan Motzfeldt am vergangenen Dienstag – und in der Inselhauptstadt Godthaab (7000 Einwohner) wurde ein vermeintlicher Sieg gefeiert,

obgleich sich mehr als zwei Drittel der Inselbewohner gegen den Anschluß gesträubt hatten. Doch bei der gesamt-dänischen Abstimmung fielen die 14 000 arktischen Neinsager nicht ins Gewicht.

Der Widerwille gegen den „leibhaftigen Satan Brüssel“ (so der Europaparlamentarier Finn Lynge) blieb bei den Grönländern jedoch bestehen. 1979 entließ Kopenhagen die Eisinsel in die Autonomie – die Grönländer bestimmten fortan ihre Geschicke selbst, und die wollten sie nicht an Brüssel gekoppelt wissen.

Aus den Wahlen zum 21köpfigen „landsting“, dem Insel-Parlament, ging die sozialistische Siumut-Partei („Vorwärts“) mit 13 Mandaten als klarer Sieger hervor. Ihr einziger konkreter

Und sogar bei dieser Regelung ist Grönlands fischverarbeitende Industrie schon längst überfordert. 19 Tonnen Schellfisch etwa, am Kai einer Fischkonservenfabrik in Godthaab angelandet, verwesenen Tage später auf einer Müllkippe. Stinkende Fischhalden sind in Grönlands kurzen Sommern ein gewohntes Bild.

Das hat zur Folge, daß das Defizit der Fischereiwirtschaft, seit langem schon gut 100 Millionen dänische Kronen (30 Millionen Mark) im Jahr, stetig wächst.

Und da Fischereiprodukte praktisch Grönlands einziges Exportgut sind, alle Konsumgüter, auch Nahrungsmittel, hingegen eingeführt werden müssen, ist die Handelsbilanz ebenfalls chronisch defizitär: 1980 belief sich das Minus auf 700 Millionen Kronen.

Doch das scheint Grönlands Regierung nicht sonderlich zu beunruhigen. Denn die Finanzlöcher werden wie eh und je von Kopenhagen gestopft. Mehr als eine Milliarde Kronen überweist das dänische Finanzministerium jährlich nach Godthaab.

Seit 1973 werden die Grönländer auch mit beträchtlichen Zuschüssen aus der EG-Kasse verwöhnt. An die 200 Millionen Kronen im Jahr gibt die Gemeinschaft für die Entwicklung der arktischen Insel aus. Umgerechnet auf die Bevölkerung, wird keine andere EG-Region derart stark subventioniert.

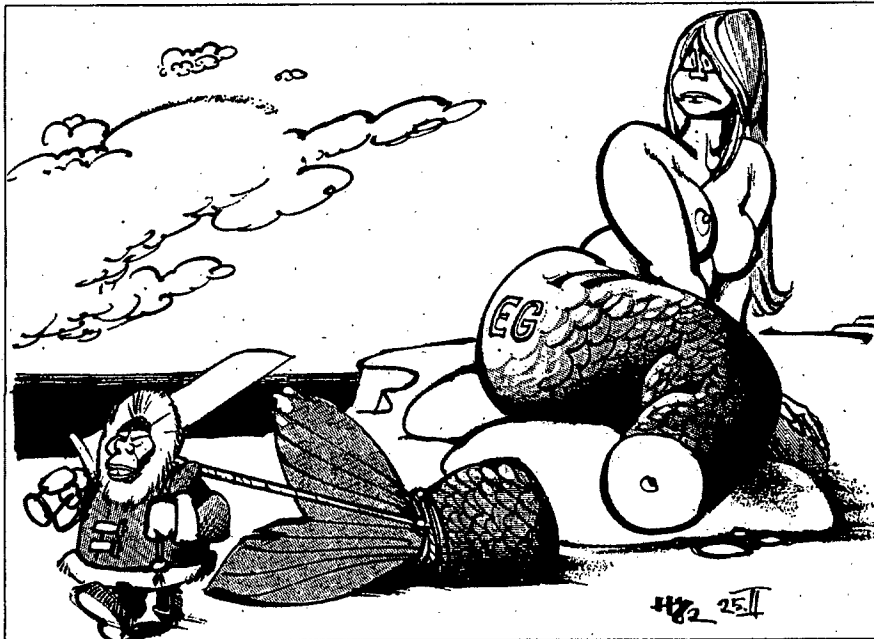
Grönlands Austritt aus der EG, der wohl Anfang 1984 vollzogen sein wird, bringt diesen Geldstrom zum Versiegen. Schon hat die Regierung in Kopenhagen klargestellt, daß sie für die entgangenen EG-Millionen nicht einspringen wird.

So einfach aufs Geld verzichten kann auch der entschiedene EG-feindliche Premier Motzfeldt nicht. Er möchte deshalb die künftigen Beziehungen zu Brüssel nach dem Muster jener Kooperationsabkommen gestaltet sehen, wie sie die Gemeinschaft mit Ländern aus dem einstigen Kolonialreich Frankreichs und Großbritanniens schließt. Das sichert Zuschüsse.

Doch diesem Vorschlag kann Brüssel wenig abgewinnen. Grönland sei schließlich kein Entwicklungsland, dazu sei der Lebensstandard deutlich zu hoch. Das Durchschnittseinkommen der Insulaner liegt weit über dem der Irländer.

Premier Motzfeldt scheint sich insgeheim denn auch schon damit abgefunden zu haben, daß ein europafernes Grönland ärmer dran sein wird. Selbstbestimmung habe eben ihren Preis, sinnierte er am Abend nach dem Anti-EG-Referendum. Trotzdem werden „die Grönländer es besser haben, wenn sie sich mit weniger bescheiden und mehr auf unsere eigene Wirtschaftskraft bauen“.

Lars Chemnitz, Führer der unterlegenen EG-Befürworter, kann sich nur wundern: „Zu jährlich gut 200 Millionen Kronen ‚nein danke‘ zu sagen ist pure Dummheit.“



Scheidung auf grönländisch

tz, München

als sei's südländischer Karneval. Zu Hunderten paradierten begeisterte Grönländer in arktischer Nacht durch die Straßen und brüllten ihren Schlachtruf: „Anisa, anisa!“ – „Wir steigen aus!“

Die größte Insel der Welt war tatsächlich ausgestiegen: In einem Referendum hatten 52 Prozent der gut 30 000 grönländischen Wähler gegen den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft gestimmt. Zwar hat dieses Votum nur empfehlenden Charakter, aber die dänische Regierung, die Grönland außenpolitisch vertritt, hatte bereits vorher deutlich gemacht, daß sie sich an den Mehrheitswillen der Grönländer gebunden fühle.

Das war nicht immer so; sonst wäre jetzt auch der EG die Peinlichkeit erspart geblieben, daß sich ein Teil eines Mitgliedslandes von Brüssel lossagt.

Vor neun Jahren nämlich hatte Dänemark seine damals noch unselbständige Überseeprovinz Grönland in die Europäische Gemeinschaft miteingebracht,

außenpolitischer Programmpunkt: „Wir beharren auf unserem Nein zur EG.“

Grönlands Ablehnung hat vor allem wirtschaftliche Gründe, ist mit seinem Haupterwerbszweig verbunden, dem Fischfang. Premier Motzfeldt klagte: „Nach Brüssel fahren und bitten müssen, vor unserer eigenen Küste fischen zu dürfen, das ist zu schmachvoll.“

Dabei aber kann sich die Regierung in Godthaab über Benachteiligungen in Brüssel kaum beklagen, wo, wie der Siumut-Abgeordnete Lynge weiß, „wir mit Samthandschuhen angefaßt werden“.

Denn die den Grönländern von der EG zugestandene Fischfangquote in der 200-Meilen-Zone der Insel richtet sich allein, so will es eine Sonderregelung mit Brüssel, nach der Kapazität der grönländischen Flotte. Das bedeutete bislang: rund die Hälfte der gesamten Fangmenge ist für die Einheimischen vorgesehen, den Rest teilen sich alle übrigen EG-Mitgliedstaaten.